

Nackte Tatsachen bleiben in Pößneck erlaubt

In einer emotionalen Stadtratsdebatte über sexistische Werbung vergaloppiert sich Steve Richter (Grüne) und spricht von „Schnulli“ im Grundgesetz

Von Marius Koity

Pößneck Im Pößnecker Stadtrat wollte die Grüne/SIP-Fraktion durchsetzen, dass die Stadt zumindest für die kommunalen Flächen „diskriminierende, frauenfeindliche und sexistische“ Werbung verbietet. Nach einigem Hin und Her im mehr als zweieinhalbstündigen öffentlichen Teil der Sitzung wurde ein entsprechender Antrag von Constanze Truschzinski (SIP) und Steve Richter (Grüne) mehrheitlich abgelehnt.

Stein des Anstoßes war das Großplakat mit „nackten Tatsachen“ eines Discounters. Dieser weist auf

sein Umweltbewusstsein beziehungsweise auf unverpacktes Obst und Gemüse mit einem Nacktmodel hin, das ihren Busen mit ein paar Äpfeln verdeckt.

Truschzinski und Richter hatten sich mit dem Verweis auf Werberatskriterien die Mühe einer ausführlichen Argumentation für die Stadt gemacht. Man wolle keine Zensur, vielmehr die Würde des Menschen schützen. Ähnliche Regelungen seien in anderen Städten längst in Kraft. Und es stünde der Stadt gut zu Gesicht, im gesamten Saale-Orla-Kreis für geschlechterdiskriminierungsfreie Werbung einzutreten. „Das ist ein Antrag der Kategorie



Der Stein des Anstoßes.

FOTO: CONSTANZE TRUSCHZINSKI

Verbotspartei“, reagierte Wolfgang Kleindienst (Birso/UBV). Man sollte lieber gegen Hass-Werbung eintreten und hier bei den Wahlplakaten mancher Partei anfangen.

Die von der Grüne/SIP-Fraktion kritisierte Werbung sei mit dem Grundgesetz vereinbar, erklärte Bürgermeister Michael Modde (parteilos). Als wesentlich unerträglicher empfand er, dass offenkundige Beleidigungen im öffentlichen Fernsehen als Satire durchgehen.

Richter fühlte sich „auf einen fremden Planeten“, wie er sagte, und konnte es – zur rein weiblichen Linksfraktion blickend – nicht fas-

sen, dass die Initiative gegen sexistische Werbung nicht einmal von den Stadträtinnen unterstützt wird. Schließlich vergaloppierte er sich in der emotional aufgeladenen Situation und sprach von „Schnulli“ im Grundgesetz.

Das war für Kleindienst die Gelegenheit, Richter „Hass auf die Bundesrepublik“ unter die Nase zu reiben. Der Grüne hielt mit der Empfindung dagegen, dass ihm Worte im Mund umgedreht werden. Thomas Weidemann (FDP/FW/FFW) diagnostizierte eine Debatte auf Kindergarten-Niveau und beantragte deren Beendigung. Das war der großen Mehrheit im Stadtrat nur recht.